

Entschließungsantrag

der Fraktion der PDS

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksachen 14/1719, 14/1754 –**

**Deutsche Beteiligung an dem internationalen Streitkräfteverband in Ost-Timor
(INTERFET) zur Wiederherstellung von Sicherheit und Frieden auf der Grundlage
der Resolution 1264 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom
15. September 1999**

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass sich mit der Mission der Vereinten Nationen die Lage in Ost-Timor offenbar beruhigt hat und die unmittelbare Lebensbedrohung für die Bevölkerung Ost-Timors abgewendet wurde. Das bisherige Ausbleiben größerer militärischer Auseinandersetzungen ist ein ermutigendes Zeichen für den weiteren Erfolg dieser Mission, auch wenn sich die VN spät – aber offenbar nicht zu spät – zu dieser Intervention entschlossen und das Referendum und seinen Ausgang nicht bereits im Vorfeld polizeilich abgesichert hatten.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass zu einer weiteren Stabilisierung der Lage in Ost-Timor neben den unmittelbaren Schutz der Bevölkerung vor Übergriffen durch Angehörige von Milizen insbesondere die Gewährleistung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die dringliche Bereitstellung von Unterkünften vor der heranbrechenden Regenzeit, die Absicherung einer medizinischen Grundversorgung sowie die Sicherstellung der Wasserversorgung als vorrangige humanitäre Unterstützungsaufgaben getreten sind, an denen sich die Bundesrepublik Deutschland nach Kräften beteiligen sollte.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass seitens der Vereinten Nationen keine spezielle Anforderung für militärische Unterstützung, auch nicht für Sanitätseinheiten vorliegt, sondern lediglich ein allgemeines Hilfeersuchen. Der Einsatz von Soldaten der Bundeswehr und insbesondere die seitens der Bundesregierung geplante Entsendung eines Sanitätskontingents ist nicht das geeignete Mittel, um den o.g. Aufgaben gerecht zu werden. Dabei geht es der Bundesregierung offenbar weniger um die Lösung der in Ost-Timor konkret vorzufin-

denden Probleme, als vielmehr um eigene welt- und militärpolitische Ambitionen. Die Hilfsmaßnahmen für die notleidende Bevölkerung Ost-Timors dürfen aber nicht nach den Interessen der Bundesregierung gestaltet werden, sondern nach den konkret vorhandenen Erfordernissen in Ost-Timor.

II.

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. von einem Einsatz der Bundeswehr in Ost-Timor abzusehen und die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von ca. 30 Mio. DM (bei einer angenommenen Einsatzdauer von 6 Monaten) stattdessen einzusetzen um:
 - a) den Vereinten Nationen und dem Internationalen Roten Kreuz umgehend finanzielle und materielle Unterstützung für die Bereitstellung medizinischer Grundausstattungen, Medikamente, mobiler Ärzteteams und dezentraler medizinischer Stützpunkte in Ost-Timor anzubieten,
 - b) den VN finanzielle, technische und personelle Unterstützung für die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Ost-Timor anzubieten,
 - c) zweckgebundene Mittel zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung Westtimors bereitzustellen;
2. die militärische und rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indonesien unbefristet einzustellen;
3. die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Indonesien zumindest solange einzustellen bis die indonesische Regierung:
 - a) die Sicherheit der Flüchtlinge in Westtimor garantiert,
 - b) internationale Beobachtung der Flüchtlingslager in Westtimor ermöglicht,
 - c) die Flüchtlinge zurückgeführt wurden,
 - d) die Ermittlungen wegen der an der osttimoresischen Bevölkerung begangenen Verbrechen gegen Täter aus Milizen und indonesischer Armee aktiv unterstützt,
 - e) die politische Verantwortung für die Ereignisse in Ost-Timor nach dem Referendum übernommen hat,
 - f) den weiteren Prozess der Unabhängigkeit Ost-Timors nicht behindert und ihn stattdessen unterstützt,
 - g) einen Demokratisierungsprozess im eigenen Land und der Armee erkennbar befördert;
4. sich für dementsprechende Maßnahmen auch im Rahmen der Europäischen Union einzusetzen.

Berlin, den 6. Oktober 1999

Dr. Gregor Gysi und Fraktion